



1. **Schweden schafft es nicht mehr -** Seite 2
Flüchtlings-Paradies Schweden kapituliert
2. **Die Residenz der Flüchtlinge -** Seite 5
Seehofer: Vom Löwen zum Fußabtreter
3. **Angela Merkels Willkür zerstört den Rechtsstaat -** Seite 8
Durch die Willkür von Angela Merkel wurden in Deutschland
und Österreich die Innenminister zu Schießbudenfiguren degradiert.
4. **Ein Milliarden schweres Tabu -** Seite 10
Das Deutsch-Türkische Sozialversicherungsabkommen



1. Flüchtlings-Paradies Schweden kapituliert

Der schwedische Premier Stefan Löfven hat jetzt von Brüssel eine Umverteilung der Flüchtlinge, die in Schweden angekommen sind, verlangt. Die Zeit sei vorbei, in der Schweden die Hauptlast in der Krise tragen könne. »Wir befinden uns nun in einer extrem angespannten Situation«, erklärte der Ministerpräsident am Mittwoch in einer E-Mail an die Nachrichtenagentur AFP weiter.

Auch die schwedische Finanzministerin rät Flüchtlingen offiziell ab, nach Schweden zu kommen und fordert sie auf, in Deutschland zu bleiben.

Die schwedische Finanzministerin Magdalena Andersson hat am Freitag die Flüchtlinge aufgefordert, in Deutschland zu bleiben. Die Zeitung Dagens Nyheter berichtet, dass die Sozialdemokratin sich direkt an die internationalen Flüchtlinge gewandt habe. In einem Pressestatement sagte die Ministerin demnach: „Wenn Sie in Deutschland sind und ein Dach über dem Kopf haben, ist es vermutlich sicherer, dort zubleiben als nach Schweden zu kommen und zu riskieren, dass Sie kein Dach über dem Kopf haben werden.“

Warum kapituliert auf einmal das Land, das als Flüchtlings-Mekka gilt?

Schweden erwartet dieses Jahr bis zu 190 000 Flüchtlinge. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl entspräche dies 1,6 Millionen Migranten für Deutschland.

Und damit hat Schweden die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht.

58 Prozent der schwedischen Sozialleistungen gehen an Migranten. Im nächsten Jahr muss das skandinavische Land 6,3 Milliarden Euro für die Bewältigung des Migrantenstroms aufbringen. Das meldet jetzt die schwedische Einwanderungsbehörde.

Von 2017 bis 2019 rechnet die Behörde sogar mit jährlichen Kosten von 7,4 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Auf deutsche Verhältnisse und eine 6,4 Mal größere deutsche Wirtschaftsleistung übertragen entspräche das hierzulande einer Summe von fast 48 Milliarden Euro – im Jahr.

Den Haushalt für das Jahr 2015 haben die Migranten schon gesprengt.

Jetzt müssen alle Ministerien Sparvorschläge vorlegen, berichtet die Stockholmer Tageszeitung Svenska Dagbladet.

Wie in Deutschland hat die Dynamik der immer mehr anschwellenden Zuwanderung jede Planung und Vorbereitung über den Haufen geworfen. In ihrer Not hat die rot-grüne Minderheitsregierung von Ministerpräsident Löfven zusammen mit Teilen der Opposition jetzt einen 21-Punkte-Plan beschlossen: Unter anderem sollen die Kommunen mehr Geld bekommen.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 06. November 2015



Auch das Asylrecht wird geändert: Asylbewerber sollen nur noch Aufenthaltsgenehmigungen für drei Jahre erhalten, der Familiennachzug soll beschränkt werden. Tatsächlich ist die bislang besonders großzügige Regelung des Familiennachzugs für viele Migranten der entscheidende Grund, nach Schweden zu kommen.

An der gegenwärtigen Notlage ändern diese Maßnahmen nichts: Zum Jahresende fehlen in Schweden 45 000 Schlafplätze für Migranten. Zehntausende werden den schwedischen Winter wohl in beheizten Zelten verbringen müssen.

Die Stimmung ist gekippt

Zur Verzweiflung über den aktuellen Migranten-Tsunami kommen in Schweden grundsätzliche Zweifel über die Richtigkeit der bisherigen Einwanderungspolitik.

So wünschen sich 59 Prozent der Schweden nach neuesten Meinungsumfragen eine striktere Asylpolitik.

Seit vielen Jahren nimmt kaum ein Land relativ zur Bevölkerung so viele Flüchtlinge und Asylbewerber auf wie Schweden: Im vergangenen Jahr kamen 110 000 Migranten, vor drei Jahren waren es 103 000. 1980 machten Einwanderer aus der nicht-westlichen Welt nur ein Prozent der Bevölkerung aus. Heute sind 16 Prozent der Bevölkerung Einwanderer, vor allem aus dem Mittleren Osten und aus Afrika.

Das Problem und vermutlich der Grund für die Missstimmung in der Bevölkerung: Die Integration der nicht-europäischen Zuwanderer ist weitgehend gescheitert. Nur 52 Prozent von ihnen arbeiten – gegenüber 84 Prozent der gebürtigen Schweden.

Aber auch jene Zuwanderer, die den Sprung ins Erwerbsleben schaffen, bleiben zurück: Im Schnitt verdienen sie 40 Prozent weniger als gebürtige Schweden. 40 Prozent der Nichteuropäer in Schweden gelten als arm, gegenüber zehn Prozent der gebürtigen Schweden.

Dem Frieden im Lande ist das nicht dienlich. Das zeigt ein Blick in Schwedens Gefängnisse: 26 Prozent aller Gefängnisinsassen sind Ausländer und Migranten – und 50 Prozent all jener Häftlinge, die wegen schwerer Straftaten zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt wurden, so das britische Magazin The Economist.

Die Mehrheit der Personen, denen Mord, Vergewaltigung und Raub vorgeworfen wird, sind Einwanderer entweder der ersten oder der zweiten Generation, berichtet die kanadische Zeitung The Globe and Mail.

Dass der Frieden im Land gestört ist, zeigte sich auch Ende Juli in der südschwedischen Stadt Malmö. Damals kam es bereits zu Bombenanschlägen und Unruhen im vorwiegend von Ausländern bewohnten Stadtteil Rosengård.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung
am 06. November 2015



Der Economist berichtete, dass die Lage der Migranten dort äußerst angespannt sei: 80 % der Einwohner seien Einwanderer, die aus Afrika, dem Nahen Osten und Osteuropa kommen. Die Arbeitslosigkeit liege bei 62 %.

Brennende Autos, Straßenschlachten mit der Polizei: In anderen schwedischen Städten brodelt es seit der Verschärfung der Flüchtlingskrise ebenfalls.

Bleibt als Fazit: An Geld und Willkommenskultur haben es die Schweden gewiss nicht fehlen lassen. Im Gegenteil, sie haben ihren Sozialstaat für alle Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten weit geöffnet.

Und trotzdem stehen sie jetzt vor hunderttausendfach gescheiterter Integration. Was die kanadische The Globe and Mail zu einer nachdenklichen Frage führt: »Seit Jahrzehnten hat Schweden Flüchtlinge auf besonders großzügige Weise willkommen geheißen.

Wenn es dort nicht funktioniert, wo dann?«



2. Die Residenz der Flüchtlinge - Seehofer: Vom Löwen zum Fußballtreter

Nichts ist übrig geblieben von den Forderungen der CSU: Der Zuzug nach Deutschland geht buchstäblich unbegrenzt weiter. ARD und ZDF bleiben auf Jubeltour - nur die Helfer verabschieden sich.

Im Morgenmagazin von ZDF und ARD wurde ein großer Gast angekündigt: Justizminister Heiko Maas begrüße den Asylpakt. Später erfuhr man von der Reporterin mit geradezu sich überschlagender Stimme, dass Heiko Maas daran mitverhandelt hat. WOW! So stellt man sich kritischen Journalismus vor: Die Beteiligten werden gelobt, ehe sie sich selbst loben und dem Wahlvolk erläutern, was Gutes auf sie niederregnet. Dumm nur, dass jedes Gejubil mit stillem Entsetzen der Bevölkerung einher geht.

Follow the Money

Wie die Faust aufs Auge passt dazu der Kommentar von Michael Hanfeld in der FAZ, warum ARD und ZDF zu liebedienerischen Staatssendern geworden sind: Follow the Money - es geht ums Geld. Eigentlich müssten die Mehreinnahmen, die der Rundfunkbeitrag seit 2013 an Mehreinnahmen erbracht hat, zurückbezahlt werden – aber ARD und ZDF beanspruchen die 1,6 Milliarden für sich. Vermutlich wird ihr Argument die hohe Anzahl der Flüchtlinge sein. Die kosten doch, oder? Schließlich müssen Reporter bis nach Passau geschickt werden, in die Grenzzone, in der jeden Tag bis zu 10.000 neue Flüchtlinge begrüßt werden wollen.

Da bleibt kein Raum für kritische Berichterstattung.

Doch warum setzen sie nicht ein Zeichen – und spenden das Geld für die Flüchtlinge? Es wäre endlich eine Tat, die den vielen gesendeten Worten folgt.

Verräterische Sprache

Schon die Sprache ist verräterisch: Aus Transitzonen wurden „Aufnahme-Einrichtungen“.

Also klar – es geht um Aufnahme, nicht Zurückweisung, nicht Begrenzung. Stolz ist die SPD darauf, dass es ihr gelungen ist, genau das zu verhindern. Ohnehin sind nur noch 1 oder 2 Prozent der „Aufzunehmenden“ davon betroffen.

Und sie werden in Zukunft eine „Residenzpflicht“ in einem Landkreis haben. Zuwanderer residieren also – besser kann man es nicht sagen, was beabsichtigt ist.

Alle Versuche, dies zu ändern, waren in den Tagen davor niedergeschrieben worden: Der Berliner SPD-Vorsitzende sprach von einem „Guantanamo“, Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck von KZ-ähnlichen Vorhaben. Was hat den Kirchensteuerfürsten dabei geritten?

Eine schlimmere Verharmlosung des Holocaust hat man nicht gehört.

Aber es ist alles erlaubt, wenn es darum geht, die derzeitige Politik zu verteidigen.



Vom Bettvorleger zum Fußabstreifer

Über die CSU soll man da lieber schweigen. Horst Seehofer ist als bayerischer Löwe gesprungen, und nicht mal als Bettvorleger gelandet. Er ist nur der Fußabtreter einer Politik, die die Folgen ihrer Kopflösigkeit mit Kopflösigkeit und Unentschiedenheit bekämpft.

Das allerdings inszenierte er eben im ARD-Morgenmagazin gekonnt. Nur rund 2 % der Flüchtlinge werden noch betroffen sein; und nur ca. 10.000 von der Erschwerung beim Familiennachzug. Es ist weiße Salbe; Nichts, was wirkt. Vorübergehend sprach der Innenminister davon, dass wenigstens der Familiennachzug massiv eingeschränkt werden solle. Er musste seine Wörter noch am selben Tag zurück nehmen. Die Bundesregierung torkelt vom Nicht-Handeln zum Chaos.

Die Folgen sind dramatisch:

Die Bundespolizei ist zu einer riesigen Schleuserorganisation reduziert worden, die ankommende Flüchtlinge quer über die Republik verteilt. Logistisch ist das bewundernswert.

Aber warum? Fachleute sprechen davon, dass nur die Hälfte der angeblichen Syrer tatsächlich aus Syrien stammen.

Jetzt rächt sich die Beschleunigung der Asylverfahren: Es wird faktisch keine Identitätsüberprüfung mehr durchgeführt. Wie auch?

Ankommende haben alles verloren – vor allem ihre Papiere. Nur nicht ihr Smartphone. Auf dem ist alles gespeichert, nur keine Pass-Kopie. Und so zieht sich der Betrug von dem Augenblick durch, an dem sie die deutsche Grenze überschreiten. Über die damit verbundene Abschaffung der Gesetze ist genug geschrieben worden.

Gesetze gelten nur noch für Einheimische, die riskieren, für die Weigerung, Rundfunksteuern zu bezahlen, ins Gefängnis zu wandern.

Das Sozialamt der Welt – auch auf arabisch

Längst hat sich in Wohlgefallen aufgelöst, dass man den Einwanderern irgend etwas abverlangen wolle, um sich in Deutschland zu integrieren. Alle Anträge auf staatliche Leistungen wie Kindergeld können jetzt auch auf arabisch gestellt werden. Deutschland macht Fortschritte; es wird zum Sozialamt der Welt. Integrationsleistung erbringen nur die Einheimischen. Zuwanderer erheben nur Ansprüche.

Denn leise werden alle Hoffnungen kassiert. Das katastrophale Bildungsniveau der Einwanderer, die kaum lesen und schreiben können, geschweige denn über eine Berufsausbildung verfügen – dass hier die Arbeitskräfte der Zukunft einwandern, das behaupten nicht einmal mehr die Wirtschaftsverbände, die auf Billig-Arbeitskräfte gehofft hatten.

Nicht einmal dafür reicht es. Billigarbeitsplätze gibt es nämlich nicht. Jetzt beginnen die Wirtschaftsfuzzis um Steuererhöhungen zu bangen. Das Mitleid sollte sich in Grenzen halten.



Ausgelaugte Willkommenskultur

Mittlerweile ist es auch mit der Willkommenskultur nicht mehr so weit her. Die Helfer sind erschöpft, ausgelaugt.

Aber nicht nur die körperliche Erschöpfung ist es – immer mehr zweifeln am Sinn. Warum genau müssen die Bürger auslöffen, was ihnen Merks naive und leichtsinnige Politik eingebrockt hat? Warum gilt das Hilfsversprechen jetzt auch für Millionen von Menschen aus Pakistan, Afghanistan und Bangladesh? Vor allem: Wie lange soll das noch gehen?

Als Lösung jetzt die Bundeswehr einzusetzen, ist ein echter Merkel-Trick: Alles, alle Beteiligten und jede staatliche Einrichtung wird dazu missbraucht, um die Folgen ihrer Politik irgendwie aufzufangen.

Nur eine Lösung – die bietet sie nicht. Denn sie müsste ihre weltweite Einladungs-Show korrigieren, ein starkes, wirksames „Stopp“ aussprechen. Genau dazu ist sie nicht in der Lage. Sie will ihr Gesicht nicht verlieren – Deutschland ist gefangen in Merks Eitelkeit.

Allerdings ist sie eine erfolgreiche Machtpolitikerin.

Bewundernswert, wie sie zusammen mit Sigmar Gabriel den bayerischen Löwen gebändigt hat. Jetzt kann der sich wieder zurückziehen in seine Residenz in München, den goldenen Käfig für gescheiterte Politiker. Davor liegt ein symbolischer Fußabtreter.



3. Angela Merkels Willkür zerstört den Rechtsstaat in Europa

Durch die Willkür von Angela Merkel wurden in Deutschland und Österreich die Innenminister zu Schießbudenfiguren degradiert. So wird der Rechtsstaat systematisch zerstört. Das Nachfolgemodell ist schon zu erkennen: Die Parteien stehen über dem Gesetz und könnten am Ende den Polizeistaat etablieren.

Angela Merkels wiederholte und uneingeschränkte Einladung an alle Flüchtlinge, nach Deutschland zu kommen, wurde nicht von einem Konzept flankiert, wie der Rechtsstaat auf eine solche Politik vorzubereiten sei.

Im Gegenteil: Angela Merkels „Wir schaffen das“ bedeutet in Wahrheit „Ihr müsst das schaffen!“ und bezieht sich auf die ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer, die Unfassbares leisten, sich aber von der deutschen und der EU-Politik durchweg im Stich gelassen fühlen.

Außerdem ist Merkels Aufforderung, es zu schaffen, an die Bevölkerung gerichtet und bedeutet: Ihr habt meine Politik zu schlucken, ohne Wenn und Aber.

Die staatlichen und supranationalen Strukturen werden der Lächerlichkeit preisgegeben.

Andere tun so, als ginge sie der Zerfall der EU nichts an: Die Nato verpulvert Hunderte Millionen an Steuergeldern bei einem Manöver, während wenige Kilometer weiter östlich hunderte Flüchtlinge ertrinken. Die Nato schweigt, dass die Küstenwache des Nato-Mitglieds Türkei offenbar bewusst Flüchtlingsboote unter Beschuss nimmt, um noch mehr Schutzgeld von den Schleppern zu erpressen. Die EU lässt sich von der Türkei erpressen: Statt die Transformation der Türkei in einen Polizeistaat wenigstens anzuprangern, rutschen Merkel und die EU-Ratlosen auf Knien nach Ankara, und bitten den Sultan, er möge sie von den Flüchtlingen erlösen (die ihnen, so Merkel, der Herrgott auf den Tisch gelegt hat).

Zugleich höhlt die Willkür-Politik von Angela Merkel die staatlichen Strukturen in Deutschland und Österreich aus: Die am meisten belasteten und am wenigsten zu beneidenden Minister, die Innenminister, sind in beiden Ländern von Partei-Soldaten unter Beschuss geraten, die nicht die geringste Verantwortung zu tragen haben.

In Deutschland ist der SPD-Politiker Ralf Stegner bereits mächtiger als Bundesinnenminister Thomas de Maizière: Er teilte am Samstag im staatlichen Deutschlandfunk mit, dass de Maizières Weisung an die Beamten, Syrern restriktiver Asyl zu erteilen, „vom Tisch“ sei. Prompt musste der Innenminister seine Anordnung widerrufen. Er war bereits vor einigen Wochen von Bundeskanzlerin Angela Merkel entmachtet worden, nachdem er die teilweise unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern kritisiert hatte. Tatsächlich sind die Zustände seither nicht besser geworden. Der Versuch der Koalition, Menschen ohne Aussicht auf Zukunft in Deutschland in Internierungslagern festzuhalten, wird die Sicherheitsprobleme noch einmal verschärfen.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 06. November 2015



In Österreich wird die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von der SPÖ gemoppt, weil sie es gewagt hatte, das Wort „Zaun“ in den Mund zu nehmen. Sie sagte im ORF am Freitag, dass sie auf einem Zaun bestehe, weil der ungeordnete Andrang von tausenden Flüchtlingen an einer nicht gesicherten Grenze zu Panik unter den Flüchtlingen führen könnte und ein nachfolgendes Chaos für die Frauen und Kinder, die unter den Flüchtlingen sind, zur tödlichen Falle werden könnte.

Beide Innenminister sehen sich mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Ihnen unterstehen allerdings die Polizei, die Sicherheitsorgane, die Aufklärung und alle Einrichtungen, die für die Gewährleistung der inneren Sicherheit verantwortlich sind.

Diese Minister und die ihnen unterstellten Beamten haben die Chaos-Politik auszubaden, die ihnen eine völlig plan- und orientierungslose Bundeskanzlerin aufgebürdet hat – eine Politik, deren Kurs sich außerdem im Tagesverlauf immer wieder um 180 Grad dreht.

Angela Merkel ist dafür bekannt, dass sie alte Weggefährten eiskalt fallen lässt. Es ist gut denkbar, dass Thomas de Maizière der nächste auf der Liste ist.

Über einen Vorgeschmack dessen, was dann kommt, hat der SPD-Mann Stegner einen Vorgeschmack in der ARD gegeben: In der Talkshow Maischberger sagte er, die Verfassung und die Gesetze kümmern ihn nicht, wenn es um eine konkrete Notsituation geht.

Solcherlei Populismus ist für Politiker unzulässig: Ihre einzige Aufgabe besteht darin, Gesetze zu beschließen und einzuhalten. Wenn aufgrund einer Notlage die Gesetze geändert werden müssen, ist das immer möglich. Doch nichts dergleichen ist bisher geschehen – außer einer bürokratischen Runderneuerung des Asylrechts.

Zu der akuten Notlage an den innereuropäischen Grenzen gibt es keine verbindlichen Regeln, obwohl die EU, die in der Koalition regierende SPD und Angela Merkel nun drei Monate Zeit gehabt hätten, etwas zu unternehmen.

Wenn Politiker jedoch öffentlich postulieren, dass es in ihrem moralischen Ermessen liege, ob sie Gesetze einhalten wollen oder nicht, dann ist das der erste Schritt zur Zerstörung des Rechtsstaats.

Die logische Folge der Willkür von Angela Merkel ist die Rückkehr des Polizeistaats auf deutschem Boden.

Back tot he roots, Angie?



4. Das Deutsch-Türkische Sozialversicherungsabkommen

Nicht jeder Sender bringt sie und viele Zeitungen verschweigen sie: die Meldung von der drohenden Krankenkassenbeitragserhöhung. Wer sich also durch den „großzügigen“ Verzicht auf die Praxisgebühr und durch die teilweise Erstattung der Beiträge auf der sicheren Seite fühlte und sich dezent zurücklehnte, wird nun schockartig eines Besseren belehrt.

Es begann mit der simplen Mitteilung, dass Finanzminister Schäuble gedenkt, im kommenden Jahr einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen. Allein diese Tatsache sollte uns eigentlich schon aufhorchen lassen, denn sind wir doch eine sehr umfangreiche „Verteilung“ unserer hart erarbeiteten Steuergelder gewohnt, – vor allem ins Ausland.

Doch, – so machte Schäuble schnell deutlich -, ginge dieses nicht ohne gewisse Einsparungen. So müsse der jährliche Zuschuss für die Krankenkassen gesenkt werden.

So mancher Bürger wird jetzt verdutzt gucken, denn dachte er doch bisher, dass die im Ländervergleich extrem hohen Krankenkassenbeiträge zur Deckung der Behandlungskosten ausreichen würden. Hinzu kommt, dass immer mehr Kosten für ärztliche Aufwendungen vom Kassenpatienten direkt kassiert werden, denn heutzutage kann man sich ja noch nicht mal ein Furunkel raus operieren lassen, ohne dass man zusätzlich zur Kasse gebeten wird!

Alles, was vom Arzt als „besonders effektiv“ beurteilt wird, kostet heutzutage Extrageld und ist durch die Krankenkassenbeiträge nicht abgedeckt.

ZUZAHLUNG ist das Zauberwort für Brille, Zahnersatz, Spritzen gegen Arthrose und Niedrigstromtherapie bei Rückenschmerzen, und, und, und...

Nun klagen die Kassen, dass sie durch die Haushaltskürzung wieder ins Minus rutschen würden und kündigen Beitragserhöhungen an.

Doch die Misere der Krankenkassen hat auch einen ganz anderen Grund. Über 50 Jahre ist es nun her, dass das „Deutsch-Türkische Sozialversicherungsabkommen“ in Kraft getreten ist. 4 Jahre später traten auch Bosnien, Herzegowina, Serbien und Montenegro bei.

Grundlage ist ein deutsch-türkisches Abkommen vom 30.04.1964 für die Türken sowie ein deutsch-jugoslawisches Abkommen vom 12.10.1968 für die Bewohner in den vier genannten Balkan-Staaten. Der Kreis der anspruchsberechtigten Familienangehörigen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Wohnsitzstaates der Familienangehörigen, also auch der Eltern.

Das Abkommen besagt, dass hier lebende krankenversicherte türkische Staatsbürger und Balkanbürger einen Anspruch darauf haben, dass ihre im Ausland lebenden Angehörigen kostenlos mitversichert werden.

Trotz leerer Kassen haben Ehefrauen, Kinder und auch ELTERN im Krankheitsfall Anspruch auf Leistungen aus der deutschen Krankenversicherung.

Wohlgemerkt, – es handelt sich hier um türkische, serbische, bosnische usw. Staatsangehörige, die noch niemals deutschen Boden betreten haben und nicht den geringsten Bezug zu diesem Land haben!

Die einzige Verbindung zu Deutschland ist ihre Kontoverbindung.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 06. November 2015



Die Regelung über das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen über soziale Sicherheit vom 30.04.1964 stammt aus einer Zeit, als Deutschland viele türkische Gastarbeiter anwarb und als Lockmittel außergewöhnlich gute soziale Standards anbieten wollte.

Doch inzwischen sind über 50 Jahre vergangen – Jahre, in denen man es nicht für nötig hielt, dieses Abkommen zu korrigieren oder – besser noch – ganz zu kippen.

In Deutschland sind die Ehefrau und ihre durchschnittlich 1 bis 2 Kinder automatisch mitversichert. Die Anzahl der Geburten unter der deutschen Bevölkerung hat sich seit 1965 halbiert.

In den eher muslimischen Ländern sind neben der Ehefrau auch noch gut 6 – 8 Kinder mit zu versorgen. Auch sind so ganz automatisch die lieben Eltern auch gleich mitversichert.

In Deutschland steigen die Zusatzgebühren ständig und kaum noch eine Behandlung ist ohne Zuzahlung zu haben.

Doch das alles gilt nicht für die im fernen Ausland lebenden Angehörigen eines hier versicherten türkischen Staats- oder Balkanbürgers.

Einheimische müssen sowohl die Krankenversicherung, Rentenversicherung als auch sämtliche Zuzahlungen aus eigener Tasche bezahlen und bei den hohen Steuersätzen und überhöhten Zahnersatzkosten ist das meist kaum zu bewältigen.

Übrigens steht im Sozialversicherungsabkommen, dass der türkische Berechtigte sich nur legal in Deutschland aufhalten und krankenversichert sein muss, damit seine komplette Familie im fernen Ausland kostenlos mitversorgt ist.

Das bedeutet, dass sich unsere Kulturbereicherer gerne in die soziale Hängematte legen können und trotzdem das halbe ostanatolische Dorf krankenversichert ist.

Und wer bezahlt das? Jeder deutsche Steuerzahler!

Die Bevorzugung ausländischer Familienangehöriger in der kostenlosen Mitversicherung deutscher Krankenkassen widerspricht dem Gleichstellungsgrundsatz und stellt uns Deutsche erheblich schlechter als in Deutschland lebende Türken oder Balkanbürger.

Schließlich ist deutschen Krankenversicherten die Einbeziehung von Eltern in die Familienversicherung verwehrt. Und gerade die älteren Menschen sind es doch, die besonders krankheitsanfällig sind.

Türkische Staatsbürger und Balkanbürger werden also gegenüber Deutschen mit Wissen der zuständigen Bundespolitiker bewusst in der gesetzlichen Krankenversicherung bevorzugt.

Deutsche Versicherte sind demzufolge Menschen zweiter Klasse.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 06. November 2015



Kliniken haben immer wieder bestätigt, dass mit den Chipkarten der Krankenkassen von ausländischen Mitbürgern ein Milliardenbetrug begangen wird. Deutschland ist demzufolge ein Schlaraffenland in puncto ärztlicher Versorgung. Da braucht nur einer den gleichen Namen zu haben und halbwegs ähnlich auszusehen und schon kann er sich die Chipkarte von seinem Verwandten oder Bekannten „ausleihen“.

Mit dieser Karte ist der Fremde dann in unser Gesundheitssystem integriert inkl. anstehender Operationen.

Klinikpersonal bestätigen immer wieder, dass schon Chipkarten identifiziert wurden, die zeitgleich von 75 verschiedenen Personen eingesetzt wurden.

Es handelt sich hier keineswegs um Einzelfälle.

Den gesetzlichen Krankenkassen droht immer wieder der Kollaps, die totale Pleite.

Dabei ist es doch gerade der Sinn einer jeden Krankenversicherung, dem Beitragszahler Schutz zu bieten vor den hohen Kosten, die eine ernsthafte Erkrankung oder Operation mit sich bringen kann.

Mitschuld für den drohenden Ruin ist im erheblichen Maße das Abkommen das den mitversicherten ausländischen Staatsbürgern, die noch nie einen Fuß in unser Land gesetzt haben, noch nie einen Cent in unsere Kassen eingezahlt haben und auch nicht daran denken, es jemals zu tun, ermöglicht, Leistungen in Milliardenhöhe auf Kosten der Allgemeinheit abzurufen.

Schon lange überfällig ist, das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen derart zu ändern, dass eine Gleichbehandlung deutscher Steuerzahler mit den ausländischen Mitversicherten ermöglicht wird!

Aber durch Merkels Unfähigkeit, ihre epochalen Fehlentscheidungen einzugestehen und endlich zu revidieren, hat sie Deutschland einem unberechenbaren autoritären Sultan ausgeliefert, so dass eine Modifizierung des Abkommens eher unwahrscheinlich ist.

Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

*Ich wünsche mir eine öffentliche Diskussion über die aktuelle Völkerwanderung. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

** Die gemachten Ausführungen zur deutschen Flüchtlingspolitik stellen nur meine Meinung zu diesem Thema dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*